

VERBAND BERNISCHER BURGEGEMEINDEN UND BÜRGERLICHER KORPORATIONEN
ASSOCIATION BERNOISE DES COMMUNES ET CORPORATIONS BOURGEOISES

Gegründet 1947

Info-Bulletin Nr. 9

Dezember / décembre 2005



Ansicht von Roggwil, 2005

Zur Zirkulation

Funktion	Datum	Visum
<input type="checkbox"/> Präsident
<input type="checkbox"/> Vizepräsident
<input type="checkbox"/> Schreiber
<input type="checkbox"/> Kassier
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
Nach der Zirkulation bitte zurück an

Aus dem Inhalt

Impressum	3
Organe	4
Die Präsidentin hat das Wort	5
Informationen der Geschäftsstelle	6
Hauptversammlung 2005 in Roggwil	6
Neues Vorstandsmitglied / Nouveau membre du comité	7
Regionalversammlungen 2005 / Assemblées régionales d'information 2005.....	8
Vorstandssitzungen 2005	8
Zusicherung und Erteilung des Bürgerrechtes: Verfahren	8
Octroi ou promesse d'octroi du droit de cité bourgeois: Procédure	8
Mutationen Mitglieder	8
Informationen aus den Regionen.....	9
Gründungsfeier Bürgergemeinde Wahlern vom 16. September 2005	9
Ehrenbürger von Attiswil; Artikel aus der Berner Zeitung vom 11. April 2005	10
Association des bourgeoisies du Jura bernois	11
Allgemeine Informationen.....	12
Besteuerung von Bürgergemeinden für die direkte Bundessteuer	12
Imposition des Communes bourgeoises pour l'impôt fédéral direct	12
Bürgergutsbeiträge 2006 - 2009	12
Cotisations sociales bourgeoises 2006 – 2009	13
Infostar	13
Infostar	13
Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG).....	14
Loi sur le droit de cité cantonal et le droit de cité communal (LDC)	14
Wappenwesen der bernischen Bürgergemeinden	14
Armoiries des Communes bourgeoises bernoises	14
Informationen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR); www.be.ch/agr (-> Gemeinden).....	15
Zulässigkeit von Gemeinwerken der Bürgergemeinden.....	15
Neues kantonales Personalgesetz.....	16
Pflichtenhefte (Muster-Stellenbeschriebe: Kassiere und Sekretäre / Amtsübergabeprotokolle) .	16
Finanzplanung	17
Informations de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire du canton de Berne (OACOT) ; www.be.ch/communes	18
Comptes annuels 2005.....	18
Plan financier.....	18
Wichtige Daten / Dates importantes	20
Dank und Ausblick.....	20
Remerciements et perspectives	20
Referat von Frau Barbara Egger-Jenzer, Regierungspräsidentin, Vorsteherin Bau-, Verkehrs- und Energiedepartement des Kantons Bern, anlässlich der Hauptversammlung in Roggwil, 21. Mai 2005 (es gilt das gesprochene Wort):.....	21
Allocution de Madame Barbara Egger-Jenzer, Présidente du Gouvernement, tenue le 21 mai 2005 à Roggwil pour l'assemblée générale de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises (la version orale fait foi):	26
Verband Bernischer Finanzverwalter (VBF); Untergruppe Bürgergemeinden www.begem.ch/vbf	31
Association bernoise des administrateurs des finances (ABF); www.begem.ch/abf	32

Impressum

Herausgeber	Verband Bernischer Burgergemeinden und Burgerlicher Korporationen Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7 Telefon 031 328 86 02 Fax 031 328 86 09 vbbg@bgbern.ch
Präsidentin	Vreni Jenni-Schmid
Geschäftsstelle	Andreas Kohli / Marianne de Raemy
Redaktion	Marianne de Raemy
Uebersetzungen	Anne Wilhelm und Martial Grosjean

Organe

Präsidentin	Vreni Jenni-Schmid, Kappelen
Vizepräsident	Ernst Schaad, Oberbipp
Vorstand	Markus Engemann, Thun Heinz Fankhauser, Burgdorf Marianne Glur-Schneider, Roggwil Martial Grosjean, Péry Gino Guerne, Tavannes Franz v.Graffenried, Bern Max Hubschmid, Madiswil Hans-Ulrich Kaiser, Leuzigen Rolf Kramer, Biel Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen Hans Georg Nussbaum, Bern Herbert Seiler, Bönigen
Geschäftsstelle	Verband Bernischer Burgergemeinden und Bürgerlicher Korporationen, Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7, vbbg@bgbern.ch www.svbk.ch (Kantonalverbände, Bern) <i>Geschäftsführer: Kohli Andreas, e-mail: andreas.kohli@bgbern.ch</i> <i>Sekretariat: de Raemy Marianne, e-mail: marianne.deraemy@bgbern.ch</i>
Rechnungsführung	Evelyne Banas, e-mail: evelyne.banas@bgbern.ch
Kontrollstelle / Revisoren	Urs Kläntschi, Aarwangen Christoph Spichiger, Steffisburg

Die Präsidentin hat das Wort



Die Pflege positiver Gedanken
ist der Antrieb
für die Reise auf die Sonnenseite.
Ein klares Ziel und ein starker Wille
lassen uns auch grosse Hindernisse
überwinden.

Kalenderspruch

Bevor erneut ein arbeitsreiches Jahr zu Ende geht, möchten wir Ihnen unsere 9. Ausgabe unseres Verbands-Organs zustellen.

Das zur Tradition gewordene Info-Bulletin weist einmal mehr eine grosse Palette von interessanten Beiträgen auf - teils im Rückblick über Vergangenes - aber auch wichtige Informationen über Gesetzesvorlagen und Vorschriften, die inskünftig in Kraft treten werden.

Wir legen aber auch Wert darauf, dass wichtige Informationen zugleich in die französische Sprache übersetzt werden, um unsere francophonen Mitglieder im „Jura bernois“ in ihrer Muttersprache informieren zu können.

Seit Jahren und einmal mehr bereitet uns das Informatik-Projekt „Infostar“ grosse Sorgen. Wir haben versucht, stets den Kontakt in dieser Sache zur kantonalen Polizeidirektion, zum Bundesamt für Justiz aber auch zum Schweizerischen Verband der Bürgergemeinden und Korporationen zu suchen und zu pflegen. Rückmeldungen - vorab aus den grossen Bürgergemeinden - bestätigen uns, dass die Mutationsmeldungen immer noch nicht vollständig und korrekt weiter geleitet werden.

Und wir befürchten deshalb, dass mit einer erneuten Zeitverzögerung und den unbefriedigenden, zähen Verhandlungen Lücken in den Personenregistern (Rödeln) unserer Bürgergemeinden und Korporationen entstehen könnten. Dies nicht nur im Kanton Bern.

Wie an unsern Regionalversammlungen im November 2005 bekannt gegeben wurde, werden wir uns auch weiterhin dieser unangenehmen Herausforderung stellen müssen.

Unser Vorstand hat sich in diesem Jahr bereits mit der Teilrevision der eidgenössischen Waldgesetzgebung befasst und wie aus den Medien zu erfahren war, ist diese Revision grösstenteils nicht auf ein positives Echo gestossen.

Wir werden abwarten, wie sich die kantonale Gesetzgebung diesbezüglich präsentieren wird.

Mit grossem Interesse verfolgen wir aber auch die Weiterentwicklung des Grosssägewerkes in Lutembach. Sobald konkrete Unterlagen zu diesem geplanten Projekt vorhanden sind, werden wir Sie als Verbands-Mitglieder mit Informationen bedienen.

Aus persönlichen Gesprächen und Rückmeldungen an unsere Geschäftsstelle konnten wir erfahren, dass der Kontakt und die Zusammenarbeit mit unserem Verband auf breiter Ebene geschätzt und begrüsst wird.

Dies soll auch im kommenden Jahr unsere Zielsetzung sein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen recht frohe Festtage und weiterhin viel Erfolg und Wohlergehen in Ihren Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen.

Wir zählen auch im bevorstehenden Jahr auf Sie und wünschen Ihnen fröhliche Weihnachten und ein glückliches, erfolgreiches 2006.

Ihre Präsidentin

Vreni Jenni-Schmid

Kappelen, im Dezember 2005

Informationen der Geschäftsstelle

Hauptversammlung 2005 in Roggwil

Dieses Jahr lud die Burgergemeinde Roggwil, unter der Leitung des Burgerratspräsidenten Ernst Kurth und seinem Team André Grütter, Maja Scheidegger und zahlreicher Helferinnen und Helfer zur Hauptversammlung 2005 ein. Bereits im Jahr 1992 waren die Verbandsmitglieder Gast in Roggwil.

Knapp 350 Delegierte und Gäste folgten der Einladung zur Versammlung, welche in der grossen und modern gestalteten Turnhalle Hofstätten durchgeführt wurde.

Die Präsidentin führte mit viel Geschick und Humor die Versammlung durch den offiziellen Teil, der mit einem Referat von Herrn Nationalrat Hermann Weyeneth zum Thema Grosssägereien bereichert wurde.



Der Vorstand



Gäste und Delegierte

Rudolf Engemann wurde mit grossem Dank und herzlichem Applaus für seine langjährige und konstruktive Mitarbeit im Vorstand verabschiedet.

Als Nachfolger wurde Herr Markus Engemann, Präsident der Burgergemeinde Thun, in den Vorstand gewählt (siehe neue Vorstandsmitglieder).

Frau Regierungspräsidentin Barbara Egger-Jenzer hielt ein Referat zu „Entwicklung und Bedeutung der Burgergemeinden im Kanton Bern“, welches im Anhang dieses Bulletins abgedruckt ist.



Links: Dr. Rudolf Grüniger, Präsident des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK)
Rechts: Barbara Egger-Jenzer, Regierungspräsidentin

Nach dem offiziellen Teil der Versammlung wurde zum Apéritif geladen, der von der Burgergemeinde Roggwil offeriert und von den Hobby-Köchen der Frösche-Chuchi zubereitet wurde. Die Musikgesellschaft Roggwil unterhielt Gäste und Delegierte während des Mittagessens. Zu Beginn des Anlasses und während des Apéritifs konnten die Anwesenden dem Motorsäge-Schnitzer Toni Flückiger zusehen, wie ein Holzbär entsteht.



Toni Flückiger bei der Arbeit, Hauptversammlung Roggwil, 20. Mai 2005

Neues Vorstandsmitglied / Nouveau membre du comité



gut 5 Jahre im Amt Niedersimmental und seit 1997 im Kreisgrundbuchamt X Thun).

Für die Burgergemeinde Thun leistet er seit 1986 Kommissionsarbeit, ab 1992 ist er Burgerrat.

Per 1. Januar 2004 wurde Herr Engemann zum Präsidenten der Burgergemeinde Thun gewählt.

In seiner Freizeit beschäftigt sich Herr Engemann mit seinen Hobbies (Modellbau Personenschiffahrt auf Schweizer Seen und normalspurige Eisenbahnen in der Schweiz). Sein Lieblingssport ist nordic-walking.

Herr Markus Engemann, geboren 1952 in Thun, ist verheiratet und hat zwei sich in Ausbildung befindende Söhne.

Er wuchs in Thun auf, wo er 1971 die Matura bestand und anschliessend das Jura-Studium an der Universität Bern absolvierte. 1977 wurde er als Notar des Kantons Bern patentiert.

Seit 1978 ist er als Grundbuchverwalter tätig (zuerst 13 Jahre im Amt Konolfingen, anschliessend

Regionalversammlungen 2005 / Assemblées régionales d'information 2005

November 2005

Die diesjährigen Regionalversammlungen, welche in Thun, Münchenbuchsee und Tavannes durchgeführt wurden, standen im Zeichen des Waldes. Die rege Teilnahme der Delegierten aus dem ganzen Kantonsgebiet ist ein klares Zeichen dafür, dass das Thema Grosssägereien aktueller denn je ist.

Weiter hielt Hans-Georg Nussbaum, Vorstandsmitglied, ein Referat über erleichterte Einbürgerungen/Einbürgerungen und der Geschäftsführer, Andreas Kohli, informierte über Änderungen der Sozialhilfe-Verordnung (Burgergutsbeiträge) und über den aktuellen Stand zu Infostar. Weitere Ausführungen zu diesen Themen finden sich ab Seite 12.

Anzahl Teilnehmer:

Thun	81 Delegierte aus 37 Burgergemeinden
Münchenbuchsee	201 Delegierte aus 76 Burgergemeinden
Tavannes	25 délégués de 10 communes bourgeoises

Vorstandssitzungen 2005

Im Berichtsjahr fanden wiederum vier Vorstandssitzungen statt. Die beinahe lückenlose Präsenz aller Vorstandsmitglieder an den Sitzungen dokumentiert ein grosses Interesse an der Verbandstätigkeit und im weitesten Sinne an der Existenz der bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen. Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand zudem mit 16 Vernehmlassungen auseinander. Stellungnahmen, ausgearbeitet von speziell zu den einzelnen Themen eingesetzten Arbeitsgruppen (Vorstandsmitglieder und „Externe“), erfolgten zur Revision Sozialhilfeverordnung (Burgergutsbeiträge) und zur Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung.

Für die ständige, sehr wertvolle Beratung zu fast allen Vernehmlassungen durch unser Vorstandsmitglied, Herrn Hans Georg Nussbaum, sei ihm an dieser Stelle bestens gedankt!

Zusicherung und Erteilung des Bürgerrechtes: Verfahren

Als separates Dokument wird die Geschäftsstelle anfangs nächstes Jahr die Wegleitung der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern (BSIG Nr. 1/121.1/1.1) versenden. Diese gibt Auskunft über die ordentliche Einbürgerung von Schweizerinnen und Schweizern. Sie kann auf das Bürgerrecht angewendet werden. Gleichzeitig werden Sie ein Muster „Zusicherung und Erteilung Bürgerrecht, Ablauf Verfahren“ erhalten.

Octroi ou promesse d'octroi du droit de cité bourgeois: Procédure

Notre secrétariat vous enverra au début de l'année prochaine dans un document séparé les instructions de la Direction de la police et des affaires militaires du canton de Berne. Ce document vous donnera les renseignements sur la naturalisation ordinaire de Suissesses et de Suisses. Il peut également être appliqué au droit de Bourgeoisie. Par la même occasion, vous recevrez un modèle de "Déroulement de la procédure de la promesse et de l'octroi du droit de bourgeoisie"

Mutationen Mitglieder

Eintritte per 1.1.2006: Keine Eintritte

Austritte per 31.12.2005: Burgergemeinde Schoren, 4900 Langenthal

Informationen aus den Regionen

Gründungsfeier Bürgergemeinde Wahlern vom 16. September 2005

Per 1. Januar 2005 haben sich die beiden Parteien der gemischten Gemeinde Wahlern, die Einwohnergemeinde und die Bürgergemeinde, rechtlich voneinander getrennt. Um diesen sogenannten „Neubeginn“ der Bürgergemeinde Wahlern zu feiern, versammelten sich am 16. September 2005 ca. 370 Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste in der Mehrzweckhalle Pöschen in Schwarzenburg.

Nach dem Begrüssungsapéritif eröffnete die Musikgesellschaft Harmonie Schwarzenburg diesen feierlichen Anlass mit rassigen Klängen. Bürgerratspräsident Heinz Gilgen begrüßte alle Anwesenden und zeigte sich über die grosse Teilnehmerzahl sehr erfreut. Seine Eröffnungsansprache stellte er unter das Motto „Tue etwas Gutes und rede davon“. Nach diesem interessanten Vortrag erzählte die Präsidentin des Verbandes Bernischer Bürgergemeinden, Vreni Jenni, mit sehr spannenden Worten wie und weshalb im 18. Jahrhundert jemand überhaupt in die Bürgergemeinde aufgenommen wurde. Sie überbrachte der Bürgergemeinde ein Jungbäumchen als Geschenk, welches natürlich einen Ehrenplatz im Bürgerwald finden wird. Den ersten Teil rundete Burgerrat Daniel Beyeler mit der Geschichte der Bürgergemeinde Wahlern ab.



Es kam langsam ein Hungergefühl auf und ein feines Menu wurde serviert. Nachdem der grosse Hunger gestillt war, kam der eigentliche Höhepunkt des Abends: die Gründungsfeier. Wiederum eröffnete die Musikgesellschaft. Regierungsratsstatthalterin Franziska Sarott gab dieser Feier einen würdigen Rahmen und enthüllte zusammen mit Heinz Gilgen die Fahne der Bürgergemeinde. Beim „Berner Marsch“ wurde es vermutlich manch einem warm ums Herz. Heinz Gilgen erklärte den Unterschied zur Fahne der Einwohnergemeinde, welche aus zwei Türmchen besteht.

Nun ging es bereits zum Dessert mit Kaffee über. Burgerrat Theo Binggeli zeigte auf kurzweilige Art und Weise die Tätigkeiten, die Liegenschaften und den Wald der heutigen Bürgergemeinde auf. Als Vertreter der Einwohnergemeinde Wahlern überbrachte Gemeinderat Martin Haller eine Grussbotschaft sowie ein grosszügiges Geschenk. Mit dem Schlusswort beendete Heinz Gilgen den offiziellen Teil der Gründungsfeier. Die Musikgesellschaft Harmonie spielte noch einige Stücke und anschliessend wurden noch viele angeregte Gespräche geführt.

Im nachhinein darf sicherlich gesagt werden, dass es eine würdige Gründungsfeier der Bürgergemeinde Wahlern war. Hoffen wir, dass diese nun auch gelebt wird!

Daniel Beyeler

Mitte: Franziska Sarott, Regierungstatthalterin Bezirk Schwarzenburg
Rechts: Heinz Gilgen, Burgerratspräsident Burgergemeinde Wahlern

Ehrenburger von Attiswil; Artikel aus der Berner Zeitung vom 11. April 2005

PROMINENTESTER BURGER GEEHRT

Attiswil feiert Samuel Schmid

Bundespräsident Samuel Schmid wurde am Samstag in Attiswil festlich empfangen und gleich zum Ehrenburger gemacht. Den Schülern seiner Heimatgemeinde versprach er eine Schulstunde.

Wer am Samstag Attiswil suchte, musste mit zusätzlichen Schwierigkeiten kämpfen: Auf den Ortschildern waren die ersten Buchstaben überklebt. «Attiswil» war in «Sämiswil» umgetauft.

Warten im Regen

Mehrere hundert Personen säumten die Strasse, trotz Regen und Schnee, die der Wind den Wartenden unaufhörlich ins Gesicht peitschte. «Wir Infanteristen mögen dieses Wetter», sollte VBS-Chef Samuel Schmid später sagen. Doch vorerst galt es auf den Bundespräsidenten zu warten. Die Attiswiler Musikgesellschaft hatte sich in durchsichtige Regenschutze gehüllt, die Kinder trotzten dem Aprilwetter und schwenkten kleine Berner- und

einem klapprigen, auf den Seiten offenen Militäroldtimer. Darin sass Samuel Schmid, der höchste Militär der Schweiz, geschützt durch eine Regenpelerine in Tarnfarbe. Er winkte, zapfte einem Jungen die Mini-flagge weg und schwenkte damit fröhlich weiter. Schmid war volksnahe. Er schüttelte später unzählige Hände und stiess mit dem gespendeten Walliser Wein mit vielen an.

Zu den anwesenden Gästen gehörte der österreichische Bundesminister Günther Platter. «Günther, du siehst, in der Schweiz haben wir zumindest Schnee. Mit dem Skifahren warten wir noch», scherzte der Sportminister dann bei seiner Ansprache, versicherte aber, dass die Schweiz bald wieder vorne dabei sein werde.

«Über dem Durchschnitt»

Samuel Schmid dankte, dass ein Areal vor dem Schulhaus nun «Samuel-Schmid-Platz» heisst. Es sei ein Platz der Begegnung, sagte der Bundespräsident. Und er lobte das Dorf: «Wir brauchen Gemeinden wie Attiswil, die mehr tun als der Durchschnitt!» Und was tut Attiswil mehr als der Durchschnitt? «Die Behörde macht, soweit ich Attiswil kenne, viel für das Dorfleben», begründete Schmid gegenüber dieser Zeitung. Auch das Vereinsleben sei sehr aktiv. Die Attiswiler dankten dem Bundespräsidenten jedenfalls die lobenden Worte und machten ihn zu ihrem Ehrenburger.

Von Rom nach Attiswil

Am Freitag, einen Tag vor dem Empfang in Attiswil, hatte Bundespräsident Schmid an der Trauerzeremonie für den verstorbenen Papst in Rom teilgenommen. Dort gab es eine aussergewöhnliche Sitzordnung: Die Repräsentanten sasssen in der alphabetischen Reihenfolge ihrer Nationen. So



Händeschütteln im Schneegestöber: Beim Empfang von Bundespräsident Samuel Schmid in Attiswil meldete sich der Winter zurück.



Mit Kämpferpelerine: Der Chef VBS beim Umzug.



Berner und Schweizer Fahnen wurden für den hohen Gast geschwenkt. Samuel Schmid sass auf dem alten Saurer 4x4.



Neuer Dorfname wegen des Ehrenburgers Sami Schmid.

Schweizer Flaggen aus Plastik. Die Jugendlichen feierten jedes vorbeifahrende Fahrzeug enthusiastisch.

Hoher Gast in Tarnfarbe

Dann, wie aus dem Nichts, rannnten einige Waffenläufer um die Kurve, dicht gefolgt von

waren Iran und Israel oder die USA und Syrien dicht beieinander platziert – und die Schweiz in der gleichen Sitzregion. Schmid gegenüber dieser Zeitung: «Wir sind natürlich nicht nur gegessen. Wir haben auch kurz ausgetauscht. Es war eine spezielle Atmosphäre. Is-

rael und Syrien gaben sich die Hand. Das ist lange Zeit nicht geschehen.»

Schulstunde versprochen

Eigens für Samuel Schmid hatten die Attiswiler Schüler ein Lied komponiert. Schmid («Ich vergass in der Schule bei den

Liedern immer den Text») versprach nach dem Liedvortrag: «Ich komme einmal zu euch und gebe eine Schulstunde.» Und wie wird dieser Unterricht aussehen? «Die Schulbücher werden auf der Seite gelassen», schmunzelte Schmid.

DANIEL GERBER

Eine DVD über den Festanlass kann bei der Burgerkanzlei Attiswil gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden.

Association des bourgeoisies du Jura bernois

Composition du comité pour 2003 - 2007

Président Laurent Schaffter
13, rue de Mévillier
2738 Court 032 497 98 77

Secrétaire/
caissier Martial Grosjean
9, rue des Huit Journaux
2603 Péry 032 485 10 56

Membres Jean-Philippe Gautier
Les Verrennes
2607 Cortébert 032 489 30 46

Philippe Paroz
2713 Bellelay 032 484 95 53

Membres Gino Guerne
8, rue des Préjures
2710 Tavannes 032 481 17 93

Jean-Marc Henriksen
Rière l'Eglise 8
2606 Corgémont 032 489 23 68

Sylvain Rossel
Vue des Alpes 37
2515 Prêles 032 315 24 57

Allgemeine Informationen

Besteuerung von Burgergemeinden für die direkte Bundessteuer

Um die Steuerbefreiung für die direkte Bundessteuer zu erlangen, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

- Das Stimmrecht ist beschränkt auf das Territorium der entsprechenden Einwohnergemeinde. Somit weist die Burgergemeinde die nötigen gebietskörperschaftlichen Elemente auf.
- **Im Reglement muss ausdrücklich festgehalten** werden, dass ein allfälliger Burgernutzen auf Fr. 300.-- pro Bürger/Jahr begrenzt ist. Zudem ist festzuhalten, dass die Gesamtsumme des ausgerichteten Burgernutzens die Vermögenserträge des laufenden Jahres nie übersteigen darf.

Die entsprechenden Anpassungen sind im Reglement vorzunehmen. Das **geänderte Reglement** ist der Steuererklärung 2005 **zwingend** beizulegen.

Für die betroffenen Burgergemeinden wird die Steuerbefreiung von der direkten Bundessteuer bis zur Steuerperiode 2004 gewährt. Sollte das Reglement nicht entsprechend angepasst werden, wird die Steuerbefreiung bei der Veranlagung 2005 aufgehoben.

Imposition des Communes bourgeoises pour l'impôt fédéral direct

L'Intendance des impôts du canton de Berne a reconsidéré l'exonération des communes bourgeoises pour l'impôt fédéral direct.

Afin de bénéficier de l'exonération pour l'IFD, les conditions suivantes doivent être remplies :

- Le droit de vote et d'éligibilité ne doit être accordé qu'aux personnes possédant le droit de vote dans la commune municipale. De ce fait, la commune bourgeoise est considérée comme corporation territoriale.
- **Il doit être prévu expressément dans le règlement** des droits de jouissance que les droits de bourgeoisie sont limités à fr. 300. -- par bourgeois. De plus, la somme totale versée comme droits de bourgeoisie n'ose jamais excéder le rendement annuel de la fortune.

Par conséquent, le règlement doit être adapté. Un exemplaire du **règlement modifié** sera **impérativement** joint à la déclaration d'impôt 2005.

Pour les communes bourgeoises concernées, l'exonération de l'impôt fédéral direct sera accordé jusqu'à la période fiscale 2004. Au cas où le règlement ne serait pas modifié, l'exonération de l'impôt sera suspendue depuis la période fiscale 2005.

Burgergutsbeiträge 2006 - 2009

Die Regelungen der kantonalen Sozialhilfeverordnung (SHV) haben seit deren Inkrafttreten im Jahre 2002 bei der Umsetzung der Berechnung der Burgergutsbeiträge zu Schwierigkeiten und Fragen geführt. Insbesondere der fixe Gesamtbetrag von Fr. 424'000 und die darauf basierende Aufteilung auf die einzelnen Pflichtigen erwiesen sich in der Handhabung als schwerfällig. Deshalb hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern in Absprache mit dem VBBG beschlossen, eine Revision der Bestimmungen in der SHV vorzunehmen.

Die geänderten Bestimmungen sind nun in der auf den **1. Januar 2006** revidierten SHV enthalten. Sie betreffen in erster Linie die Berechnung der Beiträge; diese werden künftig einen Prozentsatz der massgebenden Mittelwerte des **steuerbaren Einkommens (3,3474 %)** und **Vermögens (0,0554 %)** der Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen betragen. Das Gesamtvolumen der Beiträge entspricht aufgrund der heutigen Berechnungsgrundlagen der gegenwärtig in der Verordnung fixierten Höchstsumme von Fr. 424'000.

Eine Mehr- oder Minderbelastung der einzelnen Pflichtigen kann in Zukunft entsprechend der Entwicklung des steuerbaren Einkommens und Vermögens eintreten. Mit anderen Worten wirken sich stei-

gende oder sinkende Einkommen und Vermögen auf den zu leistenden Beitrag aus, so dass **die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird**.

Inskünftig wird jede Bürgergemeinde aufgrund der massgebenden Steuerdaten ihre individuelle Rechnung erhalten.

Das Sozialamt wird mit einem separaten Schreiben detailliert über die Neuerungen informieren (Versand ca. Ende Dezember 2005/anfangs 2006).

Cotisations sociales bourgeois 2006 – 2009

Depuis son entrée en vigueur en 2002, le mode de partage des cotisations sociales bourgeois suite au changement de pratique définie par l'Ordonnance cantonale sur l'aide sociale (OASoc) a engendré bien des questions et des difficultés. Plus particulièrement sur le montant fixé de fr 424'000.— et sa répartition sur les Communes bourgeois assujetties. C'est pourquoi la Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale du canton de Berne (SAP), après avoir consulté l'Association bernoise des communes et corporations bourgeois (ABCB), a décidé d'effectuer une révision des dispositions dans l'OASoc.

Les dispositions modifiées sont contenues dans l'OASoc révisée au **1er janvier 2006**. Les principales modifications concernent le calcul des cotisations qui sont fixées par un taux de **3.3474% du bénéfice imposable** déterminant moyen et un taux de **0,0554% de la fortune** imposable déterminante moyenne. Ces taux sont exactement ceux appliqués aujourd'hui.

Dans le futur, l'augmentation ou la diminution de la charge des cotisations sociales sera directement influencée par la fluctuation de la moyenne du bénéfice et de la fortune imposables.

La Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale du canton de Berne (SAP) enverra une facture individuelle à chaque Commune bourgeoise sur la base des données fiscales déterminantes. La SAP enverra prochainement par courrier séparé les informations détaillées sur ces nouveautés.

Infostar

Das Projekt Infostar ist und bleibt unbefriedigend. Nachdem eine Interpellation im Grossen Rat keine Wirkung zeigte, wurde die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband der Bürgergemeinden und Korporationen verstärkt.

Neu beschäftigt sich nun auch die sogenannte Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen mit Infostar. Diese wird präsiert von Frau Regierungsrätin Dora Andres. An einer Besprechung, welche anfangs November 2005 stattfand, versprach sie, den Kontakt zu der sogenannten Infostar-Kommission herzustellen, damit gemeinsam nun endlich eine praktikable Lösung für die Bürgergemeinden erarbeitet werden kann.

Eine nächste Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden wird im April 2006 stattfinden, wo der Vorschlag der Infostar-Kommission behandelt wird.

Das Bundesamt für Justiz wird, wie früher auch schon, über **diese neueste Entwicklung** informiert.

Infostar

Le projet Infostar est et reste insatisfaisant. Après qu'une interpellation au Grand Conseil n'ait abouti sur aucun résultat, la collaboration entre l'Association bernoise des communes bourgeois (ABCB) avec la Fédération suisse des communes bourgeois (FSCB) a été renforcée.

En plus des instances fédérales et cantonales, la Conférence des autorités cantonales de surveillance en matière d'état civil est également mobilisée par Infostar. Celle-ci est présidée par la Conseillère d'Etat Mme Dora Andres. Lors d'une réunion au début du mois de novembre 2005, elle a promis que la Commission Infostar prendra contact avec les secrétaires de l'ABCB et de la FSCB afin de trouver enfin ensemble une solution pratique qui soit utilisable par les Communes bourgeois.

La Conférence des autorités cantonales de surveillance en matière d'état civil se réunira la prochaine fois en avril 2006 où elle traitera la proposition de la Commission Infostar.
Le Département de la justice sera informé comme par le passé de ce nouveau procédé.

Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG)

In der Sommersession des Grossen Rates wurde das KBüG revidiert. Dabei ging es hauptsächlich um die Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens. Gleichzeitig wurden auch Bestimmungen über die Gebühren des Verfahrens behandelt. Gemäss revidiertem Art. 15 Abs. 1 des KBüG können die Einwohnergemeinden und Gemischten Gemeinden nur noch kostendeckende Gebühren erheben. Abs. 2 dieses Artikels, wonach die **Burgergemeinden die Einkaufssummen in ihren Reglementen frei festlegen können**, wird nicht angetastet. **Für die Burgergemeinden und die burgerlichen Korporationen besteht in dieser Hinsicht also kein Handlungsbedarf.** Die Revision tritt voraussichtlich am 1. Juni 2006 in Kraft.

Loi sur le droit de cité cantonal et le droit de cité communal (LDC)

Lors de la cession d'été du grand Conseil, la LDC a été révisée. Il a été principalement été question de la simplification de la procédure de l'octroi du droit de cité. Par la même occasion, les dispositions sur les contributions ont été traitées. Selon l'art. 15 al. 1 révisé de la LDC, les communes municipales et les communes mixtes ne pourront demandés à l'avenir que la couverture des frais. L'al. 2 de cet article dans lequel **les communes bourgeoises peuvent déterminer librement dans leur règlement le montant exigé pour l'octroi du droit de bourgeoisie** n'est pas touché. Il n'y a donc pas lieu d'agir. La révision entrera probablement en fonction au 1^{er} juin 2006.

Wappenwesen der bernischen Burgergemeinden

Die meisten bernischen Burgergemeinden verzeichnen auf einer Tafel oder in einem besonderen Buch die Wappen der ihr angehörenden Familien. In letzter Zeit scheinen sich bei verschiedenen Burgerschaften Fragen zur Wappenführung gestellt zu haben. Als Dozent für Heraldik an der Universität Bern und als Verfasser des neuen Wappenbuches der Burgergemeinde Bern beantwortet Herr Berchtold Weber immer wieder Fragen von anderen Burgergemeinden zum Wappenwesen.
Er ist gerne bereit, alle Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen in Wappenfragen fachlich zu beraten. Seine Anschrift lautet:

Berchtold Weber, Dozent für Heraldik, Kirchenfeldstr. 2, 3005 Bern, Tel. 031 351 52 76,
berchtold.weber@bluewin.ch

Armoiries des Communes bourgeoises bernoises

La plupart des Communes bourgeoises bernoises relèvent dans un tableau ou dans un livre à cet effet les armoiries de leurs familles bourgeoises. Ces derniers temps, on a constaté un regain de questions de la part des communautés bourgeoises concernant l'établissement des armoiries.

Comme doyen pour l'héraldique à l'université de Berne et concepteur du nouveau livre des armoiries des familles de la Commune bourgeoise de Berne, Monsieur Berchtold Weber est constamment sollicité pour ce genre de questions qui lui sont transmises après avoir transitées par la chancellerie de la Bourgeoisie de Berne. Pour ce genre de questions, il est inutile de faire ce détours et nous invitons les intéressés à s'adresser directement à Monsieur Berchtold Weber qui est disposé à conseiller en toute connaissance de cause et de la façon la plus réaliste possible les Commune bourgeoises bernoises qui feront appel à ses connaissances. Ses coordonnées sont:

Monsieur Berchtold Weber, chargé de cours à la faculté pour l'héraldique à l'université de Berne, Kirchenfeldstr. 2, 3005 Berne, tél. 031 351 52 76 ; berchtold.weber@bluewin.ch

Informationen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR); www.be.ch/agr (-> Gemeinden)

Es sei speziell darauf hingewiesen, dass im Internet unter www.be.ch/agr (**Gemeinden**) zahlreiche wichtige Informationen zu finden sind. Schwergewichtig sind dies Themen zu

- Gemeindereformen (Musterreglemente)
- Gemeindefinanzen (neu bietet das AGR auch Kurse für Finanzplanung für Bürgergemeinden an)
- Personalrecht (Musterstellenbeschreibungen, Musterverträge)

Sämtliche Unterlagen können gratis bezogen werden. Das Angebot wird laufend ausgebaut und aktualisiert .

Zulässigkeit von Gemeinwerken der Bürgergemeinden

Das Bundesgericht hatte in den vergangenen Monaten zweimal Gelegenheit, sich zum Gemeinwerk zu äussern.

Am 23. November 2004 hiess das Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde gut und das Gemeinwerkreglement der Einwohnergemeinde Grindelwald wurde wegen Verletzung der Bundesverfassung aufgehoben (BGE 131 I 1 ff.). Es erwog namentlich, dass es der Rechtsgleichheit widerspricht, wenn nur Grundeigentümer und nicht alle Strassenbenützer Ersatzabgaben für den Strassenunterhalt zu leisten haben.

Wenig später hiess das Bundesgericht eine Beschwerde gegen die Erhebung einer Gemeinwerkabgabe durch die Einwohnergemeinde Zweisimmen ebenfalls wegen Verletzung des Rechtsgleichheitsgebotes gut (Urteil Nr. 2P.271/2004 vom 25. Januar 2005). Die Grundeigentümer würden keinen grösseren Nutzen als die übrige Bevölkerung von den Verkehrswegen haben (gleich wie im erwähnten Urteil i.S. Grindelwald). Das Besondere bei diesem Entscheid ist, dass gemäss dem angefochtenen Gemeinwerkreglement - anders als im Fall Grindelwald - die primäre Leistungspflicht in Form der persönlichen Arbeitsleistung und nicht in der Bezahlung einer Abgabe bestand.

Beide Urteile sind entsprechend dem konkreten Sachverhalt nachvollziehbar. Es gilt aber festzustellen, dass das Bundesgericht den Fall noch nicht zu beurteilen hatte, bei dem das Gemeinwerk von Bürgergemeinden durchgeführt wird, die entsprechende Pflicht nur von ortsansässigen Einwohnerinnen und Einwohnern (oder allenfalls nur von den Bürgerinnen und Bürgern) zu leisten ist und die Ersatz-Abgabe gegenüber der primär zu erfüllenden persönlichen Arbeitsleistung lediglich subsidiär ist.

Trotz dieser beschränkten Tragweite der beiden Bundesgerichtsurteile erliess das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR) in der Folge mit Schreiben vom 26. Januar 2005 eine Empfehlung, dahingehend, dass gestützt auf bestehende Gemeinwerkreglemente grundsätzlich keine Arbeitsleistungen oder Ersatzabgaben mehr eingefordert werden sollten und dass die Reglemente bei nächster Gelegenheit aufzuheben seien (BSIG Nr. 7/732.11/4.1). Es begründete seine Empfehlung u.a. auch damit, dass das Verwaltungsgericht des Kantons Bern in zwei Entscheiden (BVR 1998, 21 ff. und 2002, 199 ff.) die an Stelle des zu leistenden Gemeinwerks zu bezahlende Ersatzabgabe als Abgabe mit Steuercharakter (Personalsteuer) qualifizierte; die zulässigen fakultativen Gemeindesteuern seien im Steuergesetz vom 21. Mai 2000 (StG; BSG 661.11) indessen abschliessend aufgezählt, weshalb solche Ersatzabgaben unzulässig seien.

Mehrere Bürgergemeinden, verunsichert durch diese Empfehlung des AGR, ersuchten den Vorstand um Prüfung der Angelegenheit und um Mitteilung, wie weiter vorgegangen werden soll.

Verbandsinterne rechtliche Abklärungen ergaben, dass die Angelegenheit äusserst komplex ist. Deshalb beauftragte der Vorstand Herrn Fürsprecher Dr. Ueli Friederich, Firma service public, Bern, mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Rechtsgutachtens.

Ergebnisse des Gutachens (Zusammenfassung):

1. Auch Burgergemeinden als Personalgemeinden (ohne eigenes Territorium) können Recht setzen und grundsätzlich Pflichten statuieren. Dieses burgerliche Recht gilt grundsätzlich nur für die Bürgerinnen und Bürger.
2. Gemeinwerke als allgemeine Bürgerpflicht werden vom Bundesgericht grundsätzlich anerkannt und bedürfen keiner weiteren Begründung.
3. Das burgerliche Recht muss den verfassungsmässigen Anforderungen und dem geltenden kantonalen Recht entsprechen; es muss insbesondere mit dem Legalitätsprinzip, dem Verhältnismässigkeitsprinzip und mit der Rechtsgleichheit (inkl. Gleichbehandlung der Geschlechter) in Einklang stehen und darf nicht willkürlich sein. Burgergemeinden können Gemeinwerkreglemente erlassen. Diese sollten angemessene Altersgrenzen und hinreichende Entschuldigungsgründe vorsehen. Eine Beschränkung der Gemeinwerkpflicht auf die ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger wird als zulässig erachtet, selbst wenn das Stimmrecht Angehörigen der Burgergemeinde zusteht, die anderswo wohnen. Die entsprechende Rechtsetzung durch die Burgergemeinde ist somit möglich, aber anspruchsvoll.
4. Eine Verknüpfung zwischen Gemeinwerkpflicht und Bürgernutzen dürfte zulässig sein.
5. Die subsidiäre Geldleistung anstelle der primär zu erfüllenden persönlichen Arbeitsleistung ist als Ersatzabgabe zu qualifizieren. Die Burgergemeinden dürfen eine Ersatzabgabe erheben, wenn diese wirklich nur subsidiären Charakter hat und die fiskalische Funktion nicht im Vordergrund steht und wenn sich die primär zu erfüllende persönliche Arbeitsleistung selbst als verfassungsmässig erweist. Die Erhebung einer Ersatzabgabe durch eine Burgergemeinde bedarf unter diesen Voraussetzungen keiner ausdrücklichen kantonalrechtlichen Grundlage.
6. Die Burgergemeinden könnten in ihrem Gemeinwerkreglement bei Nichterfüllung des Gemeinwerks ohne zulässige Begründung Bussen bis 5000 Franken vorsehen. Das unter Strafe gestellte Verhalten und die angedrohte Sanktion müsste aber im Reglement klar formuliert sein.

Hinweis

Die Vollversion des Gutachtens kann gegen einen Unkostenbeitrag von Fr. 25.— bei der Geschäftsstelle bezogen werden.

Bemerkung

Auf Grund der Schlussfolgerungen des Gutachtens von Herrn Dr. Friederich hat der Vorstand Arbeiten für ein neues Musterreglement über das Gemeinwerk von Burgergemeinden an die Hand genommen. Es ist beabsichtigt, mit Herrn Dr. Friederich den Entwurf des Musterreglements zu besprechen und anschliessend das Musterreglement dem AGR zur Genehmigung einzureichen. Über den definitiven Text des Musterreglements wird so bald wie möglich informiert.

Neues kantonales Personalgesetz

Am 1. Juli 2005 ist das neue vom Grossen Rat im September 2004 verabschiedete Personalgesetz in Kraft getreten. Ab dem gleichen Zeitpunkt hat auch die neue Personalverordnung, welche vom Regierungsrat des Kantons Bern am 18. Mai 2005 genehmigt wurde, seine Gültigkeit.

Sämtliche Informationen finden Sie unter www.jgk.be.ch (Gemeinden).

Pflichtenhefte (Muster-Stellenbeschriebe: Kassiere und Sekretäre / Amtsübergabeprotokolle)

Die Pflichtenhefte (Musterstellenbeschreibungen und Musteranstellungsverträge für Angestellte der Burgergemeinde/Korporation sind auf der Website des Amtes für Gemeinden- und Raumordnung publiziert. Sämtliche Dokumente können **gratis** heruntergeladen werden: www.jgk.be.ch (Gemeinden).

Finanzplanung

Gemäss Artikel 64 der Gemeindeverordnung (GV) müssen alle gemeinderechtlichen Körperschaften im Kanton Bern einen Finanzplan erstellen. Gewisse Ausnahmen gibt es für Kleinstkörperschaften gemäss Artikel 27 der Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV). Die Anforderungen an den Finanzplan werden in der FHDV ausgeführt (Artikel 21 - 28). Weitere Informationen zur Finanzplanung sind im Handbuch Gemeindefinanzen enthalten (Kapitel 4.8 ab Seite 125).

Neu muss das Ergebnis der Finanzplanung nicht mehr zwingend im Vorbericht zur Jahresrechnung kommentiert werden. Dafür müssen die Körperschaften gemäss Artikel 64 GV die Tabelle Ergebnisse (gemäss Artikel 24 FHDV) bis spätestens Ende Jahr dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) einreichen. Kleinstkörperschaften stellen dem AGR die Bestätigung gemäss Artikel 27 FHDV zu.

Um den Bürgergemeinden die Arbeit zu erleichtern, hat das AGR ein Finanzplanungsmodell auf Excelbasis entwickelt (www.be.ch/gemeinden, unter Gemeindefinanzen, Praxishilfen, Finanzpläne). Damit kann der Finanzplan mit vertretbarem Aufwand erstellt werden und der Exekutive steht ein wichtiges Führungsinstrument zur Verfügung. Wie in diesem Jahr ist auch für 2006 geplant, Kurse für die Finanzplanung der Bürgergemeinden durchzuführen. Diese werden durch die Finances Publiques in Zusammenarbeit mit dem AGR organisiert (www.fpag.ch). Das AGR empfiehlt, dieses Angebot zu nutzen und einen Kurs zu besuchen.

Abschreibungen

Die Bürgergemeinden führen ihre Rechnung nach dem HRM/NRM. Für Abschreibungen und Bewertungen gehen aber die Vorschriften des Steuergesetzes den gemeinderechtlichen Vorschriften vor. Das heisst, die Bürgergemeinden schreiben nicht 10 % vom Restbuchwert ab wie die übrigen gemeinderechtlichen Körperschaften, sondern gemäss der Abschreibungsverordnung vom 18. Oktober 2000 (AbV, BSG 661.312.59). Zum Beispiel werden Wald und Land nicht abgeschrieben.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Bestände von Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen in der Finanzbuchhaltung nicht dem amtlichen Wert entsprechen müssen. Der amtliche Wert ist lediglich für die Vermögensbesteuerung massgebend. Veränderungen der amtlichen Werte sind deshalb in der Finanzbuchhaltung nicht nachzuvollziehen.

Forstreservfonds (Betriebs- und Übernutzungsfonds)

Gemäss dem Kantonalen Waldgesetz (KWaG, BSG 921.11) sind die noch vorhandenen Mittel der Forstreservfonds der Forstbetriebe ihrer bisherigen Verwendung entsprechend einzusetzen. Die weitere Äufnung der Fonds ist freiwillig. Mit BSIG Nr. 1/170.111/8.1 vom 1. Dezember 2004 informierte das AGR die Bürgergemeinden über die entsprechenden Möglichkeiten. Dabei wurde eine Übergangsfrist definiert: Bis 31.12.2006 müssen die Fondsmittel entsprechend eingesetzt oder in eine Spezialfinanzierung (gestützt auf ein Reglement) überführt werden.

Informations de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire du canton de Berne (OACOT) ; www.be.ch/communes

Comptes annuels 2005

Les nouvelles bases cantonales (édition 2001) sont valables pour toutes les communautés de droit public et également pour les communes et corporations bourgeoises :

- Guide des finances communales
- Annexe pour l'administration des finances
- Annexe pour la révision des comptes.

Le chapitre 9 de l'annexe pour l'administration des finances contient un modèle de compte complet pour les communes bourgeoises selon les nouvelles normes.

Toutes les informations peuvent être chargées gratuitement sur le site internet (www.be.ch/communes).

Plan financier

Conformément à l'article 64 de l'ordonnance sur les communes (OCo, RSB170.111), toutes les collectivités de droit public du canton sont tenues d'élaborer un plan financier. Quelques exceptions sont précisées à l'article 27 de l'ordonnance de Direction sur la gestion financière des communes (ODGFCo, RSB 170.511) et concernent les petites collectivités. Les dispositions concernant le plan financier sont précisées aux articles 21 à 28 de l'ODGFCo. D'autres informations utiles figurent dans le Guide des finances communales (chapitre 4.8, pages 125 et ss).

Le résultat de la planification financière ne doit nouvellement plus être impérativement commenté dans le rapport préliminaire du compte annuel. Selon l'article 64 de l'OCo, les collectivités doivent fournir au plus tard jusqu'à la fin de l'année le tableau des résultats (selon article 24 ODGFCo) à l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire. Les petites collectivités sont quant à elles invitées à fournir l'attestation prévue à l'article 27 ODGFCo.

Pour faciliter le travail des communes bourgeoises, l'OACOT a développé un modèle de plan financier sur une base Excel. Ce modèle peut être téléchargé à l'adresse suivante : www.be.ch/communes, sous finances communales, outils pratiques, plans financiers. Ainsi, le plan financier peut être élaboré à moindre coût et le conseil de bourgeoisie peut disposer d'un instrument de conduite important. Il est prévu d'organiser des cours de planification financière à destination des communes bourgeoises en 2006. Ceux-ci seront organisés par l'entreprise Finances Publiques SA (www.fpag.ch) en collaboration avec l'OACOT. L'OACOT recommande vivement aux communes bourgeoises de profiter de cette offre et de suivre un cours de formation.

Dépréciations

Les communes bourgeoises tiennent leurs comptes selon le modèle MCH/NMC. En ce qui concerne les dépréciations et les évaluations, les dispositions de la législation fiscale priment toutefois sur les dispositions du droit communal. Cela signifie que les communes bourgeoises ne déprécient pas leur patrimoine du 10% de la valeur résiduelle comme les autres collectivités. Elles procèdent à des dépréciations selon les dispositions de l'Ordonnance sur les amortissements (OAm, RSB 661.312.59). Par exemple, les forêts et les terrains ne sont pas dépréciés.

À cet égard, il faut relever que les valeurs des biens immobiliers figurant dans la fortune administrative de même que dans la fortune financière de la comptabilité financière ne doivent pas correspondre à la valeur officielle. La valeur officielle est seulement déterminante au niveau de l'impôt sur la fortune. Par conséquent, des modifications des valeurs officielles ne doivent pas être prises en considération dans la comptabilité financière.

Fonds forestiers (fonds d'exploitation et fonds d'anticipation)

Conformément à la Loi cantonale sur les forêts (LCFo, RSB 921.11) les ressources qui restent dans les fonds de réserve forestiers des entreprises forestières doivent être utilisées conformément à leur utilisation précédente. Les communes bourgeoises sont toutefois libres de continuer de gérer ces fonds à l'avenir. Par circulaire ISCB du 1.12.2004 (No 1/170.111/8.1), l'OACOT a informé les communes bourgeoises des possibilités existantes à ce niveau. Une période transitoire a été définie. Ainsi, les fonds doivent être épuisés

jusqu'au 31.12.2006 où être virés dans un financement spécial élaboré sur la base d'un règlement communal.

Wichtige Daten / Dates importantes

Datum/Date	Ort/Lieu	Anlass/Rencontre
20. Mai/mai 2006	Niederbipp	Hauptversammlung unseres Verbandes Assemblée générale de notre Association
		28^{ème} assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois
Herbst/automne 2006	Diverse	Regionalversammlungen
2. Juni/juin 2007	Kultur-Casino Bern	60 Jahre-Jubiläum unseres Verbandes / Hauptversammlung Assemblée générale de notre Association
Mai/mai 2008	Worben	Hauptversammlung unseres Verbandes Assemblée générale de notre Association
5./6. Mai/mai 2006	Solothurn/ Soleure	Generalversammlung des Schweiz. Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) Assemblée générale de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations

Dank und Ausblick

Der Verband Bernischer Bürgergemeinden und Bürgerlicher Korporationen kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Den Mitgliedern wird an dieser Stelle für die Verbandstreue gedankt und es wird auch im kommenden Jahr alles daran gesetzt, die Interessen der bernischen Bürgergemeinden und bürgerlichen Korporationen intensiv zu vertreten.

Remerciements et perspectives

L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises peut porter un regard satisfait sur ses activités de l'année écoulée. Nous profitons de cette occasion pour remercier les membres qui ont prouvé leur fidélité à notre association et nous pouvons les assurer que nous ferons tout ce qui est en notre pouvoir pour représenter intensivement leurs intérêts également dans les années futures.

Referat von Frau Barbara Egger-Jenzer, Regierungspräsidentin, Vorsteherin Bau-, Verkehrs- und Energiedepartement des Kantons Bern, anlässlich der Hauptversammlung in Roggwil, 21. Mai 2005 (es gilt das gesprochene Wort):



Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Einladung zum heutigen Anlass, sehr verehrte Damen und Herren. Ich habe sie sehr gerne angenommen und die Ehre und das Vergnügen, Ihnen an meinem zweitletzten Samstag als Regierungspräsidentin die besten Grüsse der Regierung des Kantons Bern zu überbringen.

Ich werde zuerst auf die Entwicklung und Bedeutung der Burgergemeinden im Kanton Bern zu sprechen kommen und anschliessend auf die Raumentwicklung eingehen, beziehungsweise auf die Abstimmung von Verkehr und Siedlung – einem Thema, dass die Burgergemeinden aufgrund ihrer Rolle als „Landspender“ stark tangiert.

Zuerst aber ein kurzer historischer Rückblick:

Wie Sie wissen, wurde mit der Reformation nicht nur die Staatsgewalt, sondern auch die Eigenständigkeit der Gemeinden gestärkt. Lange waren die Dorfgemeinden vorwiegend wirtschaftliche Nutzungsverbände, nun übertrug ihnen der Staat eine Reihe von Aufgaben, die bis anhin der Kirche anvertraut waren, so etwa die Armenfürsorge oder das Vormundchaftswesen. An den Dorfversammlungen wurden nicht mehr bloss bäuerliche Berufsfragen erörtert, sondern es wurde auch über christliche Pflichten gesprochen, womit, wie der bekannte Berner Historiker Richard Feller es formulierte – „ein Gemeinleben in vertieftem Sinn anhob“.

In der **Armenfürsorge** liegt denn auch eine der Wurzeln der bernischen Burgergemeinden. Leider schoben die Gemeinden „ihre“ Armen so gut es ging an die Nachbarn ab. Darauf reagierte die Regierung im Bettlermandat von 1676. Seither waren die Gemeinden für alle ihre Armen und deren Nachkommen – wo immer sie sich niederlassen würden – als Fürsorgebehörde zuständig.

Dies war die eigentliche Geburtsstunde des bernischen Bürgerrechts: Künftig musste jeder, der in eine andere Gemeinde zog, einen Heimatschein mitbringen, in dem sich die Heimatgemeinde verpflichtete, für ihn und seine Nachkommen zu sorgen.

Der Einfall der französischen Truppen und der Untergang des Alten Bern im Jahr 1798 hatten eine völlige Umgestaltung des Gemeindewesens zur Folge. Die Begriffe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bestimmten von nun die politische Szene. Von nun an wurde unterschieden zwischen einer **politischen Gemeinde**, bestehend

aus sämtlichen Aktivbürgern, und den **Anteilhabern an den Gemeindegütern**. Den politischen Gemeinden wurden sämtliche öffentlichen Aufgaben übertragen, die gleichen ungefähr, die heute den Einwohnergemeinden zufallen. Den Anteilhabern an den Gemeindegütern wurden die Verwaltung des Gemeindegutes und das Armenwesen zugeteilt, so dass sie mit den heutigen Burgergemeinden vergleichbar sind.

Während die Einwohnergemeinden unter ihren stetig anwachsenden Lasten litten – die heutige Zeit lässt grüssen – galten die Burgergemeinden bereits im 19. Jahrhundert als reich. Dies erfuhr auch die Stadt Bern, als sie sich 1848 als **Bundesstadt** bewarb. An Kandidaten mangelte es nicht: Neben Bern und dem mächtigen Zürich bewarben sich auch Luzern und Zofingen um den Sitz der eidgenössischen Behörden.

Schon im Vorfeld der Abstimmung, die Bern als turnusmässiger Vorort der eidgenössischen Tagsatzung als „Heimspiel“ bestreiten durfte, wurde klar, dass die Berner alles daran setzen würden, den Konkurrenten Zürich zu übertrumpfen:

Am 5. November 1848 wurden die eidgenössischen Räte in Bern festlich empfangen. Einen Tag später fand im Theater ein Festbankett statt, das sozusagen in die Berner Geschichte einging. Jedenfalls nahmen die Tafelfreuden einen glänzenden Verlauf, weit glänzender und köstlicher als es vom städtischen Organisationskomitee beabsichtigt war. Die Gesamtkosten des Banketts lagen wesentlich über dem vorgesehenen Betrag. Hauptursachen der Mehrkosten waren die Verlängerung des Banketts weit über die vorgesehene Stunde hinaus und das gegen Ende erfolgte Eindringen nicht geladener Gäste. Beides hatte den Angaben der Veranstalter zufolge einen viel grösseren Verbrauch an Wein, besonders an Champagner, zur Folge. Da die Berner Gemeindekasse die Mehrkosten nicht mehr übernehmen konnte, musste die Burgergemeinde den Betrag einschliessen, womit das erste Festmahl der eidgenössischen Räte in Bern einen für alle Beteiligten befriedigenden Abschluss fand...

Auch heute, sehr verehrte Damen und Herren, kommt den Burgergemeinden eine zentrale Rolle in unserem Kanton zu, nicht nur wenn es darum geht, eine Rechnung zu begleichen...

Auf Ihre Unterstützung zu Gunsten des Gemeinwesens, gerade im **sozialen Bereich**, können wir auch in Zukunft nicht verzichten. Daneben sorgen Sie dafür, dass wertvolles Land im Kanton Bern sinnvoll genutzt wird, so zum Beispiel im **ESP-Wankdorf** – dem Stadtraum in Bewegung. Hier erleben wir Sie, wie bei anderen Bauvorhaben auch, als kompetenten, klaren und verlässlichen Partner.

Im Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf entstehen in enger Zusammenarbeit mit der Burgergemeinde Bern Bauten, die für die Wirtschaft und die Bevölkerung unseres Kantons von grosser Bedeutung sind. Bauten aber auch, die in „unbernisches“ forschendes Tempo geplant und realisiert worden sind. Denken Sie zum Beispiel an die S-Bahn Station Wankdorf, sie wurde in einer wohl nicht zu unterbietenden Rekordzeit gebaut – absolut sportlich nicht nur für Berner Verhältnisse! Investoren aus dem In- und Ausland können wir attraktives und mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossenes Bauland anbieten. Ich freue mich sehr, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf bereits eingesetzt hat, und sie zeigt, dass es sich lohnt, Siedlung, Verkehr und Entwicklung aufeinander abzustimmen. Nur so ist eine nachhaltige Raumentwicklung möglich, von der auch die nächsten Generationen profitieren.

Genau in diese Richtung zielt die **Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit**, die wir der Öffentlichkeit am Donnerstag präsentieren konnten. Dabei stehen zwei Ziele im Vordergrund:

Einerseits die bessere politische Gesamtkoordination der regionalen Aufgaben durch ein Gremium und in einem klaren Entscheidungsverfahren. Hierfür schlägt der Regierungsrat das Regionalkonferenz-Modell vor.

Andererseits soll die Siedlungsentwicklung stärker auf Standorte ausgerichtet werden, wo der Verkehr möglichst attraktiv und leistungsfähig ist. Es braucht also eine koordinierte Siedlungs- und Verkehrsplanung, die gemeinsam von allen Gemeinden und vom Kanton umgesetzt wird. Neue Siedlungsgebiete sollen nur dort entstehen, wo bereits eine gute Erschliessung – insbesondere mit dem öffentlichen Verkehr – vorhanden ist. Das Wankdorf ist dafür ein Paradebeispiel.

Dass wir zu unserem Land Sorge tragen müssen, hat der Fall „**Galmiz**“ eindrücklich gezeigt. Die Raumplanung ist seither und in breiteren Kreisen zum Thema geworden.

Der Fall „Galmiz“ zeigt sehr deutlich, wie dieser potenzielle Standort für einen Betrieb von AMGEN ganz unterschiedlich bewertet werden kann: Die Standortgemeinde und der Kanton Freiburg finden diesen Standort ideal, da sie sich von einer Realisierung des Vorhabens unter dem Strich Vorteile versprechen. Auf der anderen Seite wird aus gesamtschweizerischer Sicht das Vorhaben an diesem Standort als eine Missachtung aller raumplanerischen Grundsätze gegeißelt.

Was wird bei diesem Standort eigentlich als Problem angesehen?

Es ist die Tatsache, dass ein grosses Vorhaben auf der grünen Wiese oder besser auf dem schwarzbraunen Gemüsefeld verwirklicht werden soll. Man befürchtet einen landschaftszerstörenden Eingriff in das Grosse Moos.

Aber nicht nur das ist in meinen Augen ein Problem. Gerade in Zeiten knapper Finanzen ist vielmehr wichtig, dass diese Art von Standorten zu enormen Infrastrukturkosten führt. Infrastrukturkosten für die Verkehrsanbindung sowie die Ver- und Entsorgung. Infrastrukturkosten, die höchstens teilweise durch den Verursacher abgegolten werden. Infrastrukturkosten, die die Öffentlichkeit bezahlen muss.

Ein Fall Galmiz könnte sich durchaus auch im Kanton Bern ereignen. Auch in unserem Kanton ist das Siedlungsgebiet nicht abschliessend festgelegt. Auch hier könnte eine Gemeinde eine analoge Einzoning wie in Galmiz vorantreiben.

Wie Sie wissen, halten wir die **Souveränität der Gemeinden** im Kanton Bern sehr hoch. Dennoch müssen wir uns die Frage gefallen lassen, ob die heutige Gemeindeautonomie beim Festlegen des Siedlungsgebiets aus übergeordneter Sicht – die Wohlfahrt des ganzen Kantons Bern vor Augen – überall zu guten, vor allem aber zu finanziell verkraftbaren Lösungen führt.

Dieses Thema darf nicht tabuisiert werden, sehr verehrte Damen und Herren! Wohl könnte man vorhalten, dass über 80 Prozent des Siedlungsgebietes des Kantons eigentlich bereits festgelegt sind. Das stimmt. Aber die restlichen Prozente können den Kanton ganz schön teuer zu stehen kommen, wenn sie nur aus sehr lokaler Perspektive festgelegt werden. Bereits heute kennen wir die enormen Kosten aus den Mobilitätsstrategien für die Abstimmung der Siedlungs- und der Verkehrsentwicklung.

Die zentrale Frage lautet doch: Welche Möglichkeiten bestehen, um die Entwicklung des Siedlungsgebiets im Kanton Bern so zu steuern, dass einerseits das wirtschaftliche Wachstum gefördert wird, und andererseits die Infrastrukturkosten nicht ins Unermessliche steigen? Hier sehe ich die eigentliche Herausforderung für die Politik.

Heute versuchen wir die auseinanderlaufende Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung über Mobilitäts- und Agglomerationsprogramme zu korrigieren. Vorsorgen wäre aber besser als Heilen. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns überlegen dürfen, ob es sinnvoll wäre, wenn die kantonale Siedlungsfläche in Zukunft verbindlich im Richtplan festgelegt und vom Grossen Rat verabschiedet würde.

Sie sehen: Die Abstimmung von Verkehr und Siedlung wird nicht nur uns, sondern auch Sie in den nächsten Jahren stark beschäftigen. Denn wir werden in der Politik auch in den nächsten Jahren ständig darum ringen, wo die Gemeindeautonomie auf Kosten einer sinnvollen Gesamtkoordination geht. Das führt immer wieder zu lebhaften und kontroversen Diskussionen, und es ist gut so, denn Konflikte haben auch etwas Positives: Wir wachsen daran - Im Elfenbeinturm geschieht bekanntlich keine Entwicklung. Oder anders gesagt kommt das Licht doch erst durch die Risse herein.

Oft sind wir vielleicht nicht gleicher Meinung, sehr verehrte Damen und Herren. Aber wir alle wissen, dass wir die anstehenden Herausforderungen nur gemeinsam anpacken können - auch im Interesse der nächsten Generationen, unserer Kinder und Enkelkinder. Denn einseitige Lösungen führen in die Sackgasse anstatt zum Erfolg. Was wir brauchen ist eine **Gesamtsicht**. Nur so können wir die Mittel sparsam und effektiv einsetzen.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich für die Burgergemeinden und die burgerlichen Korporationen stets zu bedenken, was Ihnen die Kantonsverfassung zur Aufgabe stellt. Darin steht: „Die Burgergemeinden setzen sich nach Massgabe ihrer Mittel zum Wohle der Allgemeinheit ein“ und: „Sie nehmen ihre angestammten Aufgaben wahr.“

Die neue Kantonsverfassung enthält also nicht nur eine Garantieerklärung für die Burgergemeinden. Sie werden gleichzeitig auch an ihre Pflichten erinnert.

Während der Beratung der neuen Kantonsverfassung im Jahre 1992 stellte ein Grossrat fest: „Neid und Missgunst sind keine guten Ratgeber“. Er meinte damit, dass das Handeln der Burgergemeinden stets kritisch von aussen verfolgt wird. Diesem Argwohn begegnen die Burgergemeinden am besten durch Taten, durch Leistungen zu Gunsten des Allgemeinwohls. Und wenn hier von Leistungen gesprochen wird, sind nicht nur die finanziellen Leistungen gemeint, so wertvoll diese auch sind. Burgerliche Leistungen können sich durchaus auch in der traditionellen milizmässigen Betätigung für das Gemeinwohl äussern.

Ein Ratsmitglied aus Thun hat in derselben Debatte im Grossen Rat spontanen Beifall geerntet, als er den Sachverhalt prägnant so zusammenfasste:

Mein Vorredner „hat von Privilegien gesprochen. Soll ich Ihnen sagen, welche Privilegien die meisten Bürgerinnen und Bürger haben? Gratis krampfen!“

Ich danke Ihnen, dass Sie sich weiterhin für das Gemeinwohl engagieren und sich mit konstruktiven Lösungsvorschlägen an der politischen Diskussion beteiligen. Der Beitrag der Berner Bürgergemeinden ist willkommen! Denn ich bin überzeugt: Gemeinsam finden wir den besten Weg!

Allocution de Madame Barbara Egger-Jenzer, Présidente du Gouvernement, tenue le 21 mai 2005 à Roggwil pour l'assemblée générale de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises (la version orale fait foi):



Madame la présidente,
Mesdames, Messieurs,

Je vous remercie sincèrement pour votre invitation de ce jour. Je lui fais volontiers honneur et en tant que présidente du Gouvernement et vous transmets les plus cordiales salutations du Gouvernement du canton de Berne.

J'aborderai d'emblée le développement et la signification des communes bourgeoises dans le canton de Berne pour finir sur le développement de l'espace, à savoir l'harmonie entre la circulation et l'habitat, un thème qui touche particulièrement les communes bourgeoises en tant que «fournisseur de terrains».

Un bref rappel historique s'impose:

Vous le savez, la Réformation n'a pas fait que renforcer le pouvoir de l'Etat, mais aussi l'indépendance des communes. Pendant longtemps, les communes rurales étaient des groupements d'usagers. L'Etat leur accorda néanmoins une foule de tâches, jusque là attribuées à l'Eglise, comme l'assistance publique et la tutelle. Les assemblées villageoises ne se préoccupaient plus seulement de questions professionnelles rurales, mais aussi de devoirs religieux comme l'historien bernois bien connu Richard Feller le formula: «introduire une vie communautaire dans le sens le plus profond du terme».

L'une des racines des communes bourgeoises bernoises fut **l'assistance publique**. Malheureusement, les communes refoulaient autant que possible «leurs» pauvres à leurs voisins.

Le Gouvernement réagit en 1676 par un mandat concernant les mendiants. Depuis, les communes sont devenues responsables en tant qu'autorités d'assistance de leurs pauvres et de leurs descendants – où qu'ils soient installés.

Ce fut le début du droit d'indigénat bernois ou droit de cité. Dès lors, chaque nouveau citoyen d'une autre commune devait amener son certificat d'origine certifiant que la commune d'origine lui apporte son soutien, à lui et à ses descendants.

L'invasion des troupes françaises et la chute de l'Ancienne Berne en 1798 ont provoqué une totale réorganisation de l'entité communale. Les notions de liberté, d'égalité et de fraternité déterminaient depuis lors la scène politique. On distingua entre la **commune politique**, composée de tous les citoyens actifs et les **participants aux biens de la commune**. L'ensemble des tâches publiques furent attribuées aux communes politiques, qui

sont les mêmes, à peu de choses près, que celles de nos communes d'habitants d'aujourd'hui. L'administration des biens communaux et l'assistance des pauvres furent attribuées aux participants des biens de la commune, ce qui est comparable à la situation actuelle des communes bourgeoises.

Alors que les communes municipales devaient supporter des charges de plus en plus grandes – rien n'a changé aujourd'hui – les communes bourgeoises étaient considérées au XIX^e siècle comme étant riches. C'est aussi l'expérience faite par la ville de Berne lorsqu'elle posa sa candidature de **ville fédérale** en 1848. Les candidates ne manquaient pas. A part Berne et la puissante Zurich, Lucerne et Zofingue se disputèrent aussi le siège des autorités fédérales.

Avant le vote déjà, il était clair qu'à Berne, qui devait par roulement constituer le centre des séances fédérales, les Bernois feraient tout pour supplanter leurs rivaux zurichois.

Le 5 novembre 1848, les Chambres fédérales furent reçues à Berne avec tous les honneurs. Le lendemain, un banquet se tint au Théâtre qui entra dans l'histoire bernoise. Quoi qu'il en soit, les convives lui donnèrent un faste plus glorieux et raffiné que le Comité d'organisation municipal aurait voulu lui donner. Les frais du banquet dépassèrent de beaucoup la somme prévue. Les raisons principales de cet excédent ont été la prolongation du banquet au-delà de l'heure fixée et l'arrivée d'hôtes imprévus vers sa fin. Ces deux raisons ont eu pour conséquence une dépense inconsidérée en vins, surtout en champagne. La Caisse communale bernoise n'étant pas parvenue à supporter les frais excédentaires, la Commune bourgeoise y alla de ses propres deniers. C'est ainsi que le premier banquet des Chambres fédérales à Berne trouva un heureux aboutissement pour tous ses participants!

Aujourd'hui encore, Mesdames et Messieurs, les communes bourgeoises tiennent un rôle essentiel dans notre canton et pas uniquement lorsqu'il s'agit de payer une facture...

Nous ne saurions nous passer, à l'avenir également, de votre soutien au bénéfice de la communauté, surtout dans le **domaine social**. Vous veillez également à ce que les terrains de valeur dans le canton de Berne soient utilisés à bon escient, comme notamment le stade de Suisse du Wankdorf, un espace municipal en mouvement. Là aussi, comme ailleurs déjà, vous vous montrez des partenaires clairs, compétents et de confiance.

Dans ce centre de développement du Wankdorf, des bâtiments sont érigés en étroite collaboration avec la commune bourgeoise. On peut les considérer comme très importants sur le plan économique et pour la population de notre canton. D'autres constructions, planifiées et réalisées dans un tempo très peu «bernois» ont été édifiées, comme notamment la station de train de banlieue du Wankdorf, construite en un temps record, très sportif et pas uniquement pour ce qui est des habitudes bernoises! Les investisseurs de Suisse et de l'étranger peuvent bénéficier chez nous d'un réseau de communication depuis la campagne des plus attrayants. Je me réjouis du développement économique pris par ce centre qu'est devenu le Wankdorf. Il montre que cela vaut la peine d'harmoniser la croissance, l'habitat et le trafic. Ce n'est qu'ainsi que l'on peut développer durablement l'espace dont pourront profiter les générations futures.

C'est dans cette direction précisément que tend la **stratégie des agglomérations et de la coopération régionale** que nous avons présentée au public jeudi dernier. Deux objectifs étaient au premier plan:

D'une part, il s'agit de prôner une meilleure coordination globale sur le plan politique des devoirs régionaux à l'aide d'un comité, par une procédure claire sur le plan décisionnel. Dans cette optique, le Conseil exécutif propose un modèle de conférence régionale.

D'autre part, le développement de l'habitat doit être mieux centré sur le lieu choisi, avec des possibilités de transport les plus performantes et séduisantes possibles. Il s'agit donc de disposer d'une planification coordonnée sur le plan de l'habitat et du trafic qui bénéficie du soutien des communes et du canton. Les nouvelles zones d'habitat ne doivent s'ériger que là où existe déjà un aménagement de qualité, tout particulièrement en ce qui concerne les transports publics. Le Wankdorf en est un exemple éclatant.

«**Galmiz**» montre à quel point nous devons prendre soin de notre pays. Depuis, la planification est devenue partout à l'ordre du jour. C'est un cas qui montre de manière claire comment le site d'AMGEN peut être abordé de manière différente. La commune et le canton de Fribourg considèrent ce lieu comme étant idéal pour la réalisation de projets voués au succès. Mais nous devons fustiger le projet sur le plan de l'ensemble de la Suisse comme étant un déni de tous les principes de planification.

Quel est en fait le problème de ce site?

Il va de soi que l'on peut réaliser un grand projet sur une verte prairie ou mieux encore dans un champ maraîcher. On peut craindre une intervention destructrice de paysage dans le grand marais.

Mais ce n'est pas à mes yeux un vrai problème. Ce qui l'est davantage à notre époque de finances précaires, c'est que ce type de site conduit à d'énormes frais d'infrastructure. Des frais qui s'attachent aussi bien aux transports qu'aux questions touchant l'approvisionnement et l'élimination des déchets. Des frais d'infrastructure dont seul le pollueur devrait s'acquitter et qui reviennent en fin de compte au public.

Un cas tel que Galmiz pourrait fort bien se produire dans le canton de Berne, notre canton n'ayant pas non plus définitivement fixé les zones à bâtir. Ici aussi, une commune ou une autre pourrait introduire une intervention parcellaire comme celle de Galmiz.

Vous le savez, nous tenons en haute estime la **souveraineté des communes** dans le canton de Berne. Nous devons néanmoins nous poser la question de savoir si l'autonomie des communes actuelle qui régit l'habitat est toujours inspirée d'une vision supérieure – pour le bien de tout le canton de Berne – surtout dans l'optique de solutions financièrement supportables.

Mesdames et Messieurs, un tel sujet ne doit pas être un tabou! On pourrait opposer à cela que plus de 80 % de la surface habitable du canton est en fait déjà déterminée. Certes. Mais le reste du pourcentage peut coûter très cher au canton si l'on se limite à des perspectives locales. Nous connaissons aujourd'hui déjà les frais

énormes occasionnés par les stratégies de mobilité et d'harmonisation dans le développement de l'habitat et des transports.

La question principale demeure: quelles sont les possibilités de développement des zones de lotissement dans le canton de Berne, alors que d'une part on encourage le développement économique et que, d'autre part, les coûts de l'infrastructure ne doivent pas dépasser les normes du possible? C'est là que se situent les véritables enjeux politiques.

Nous tentons aujourd'hui d'apporter les corrections nécessaires au développement de l'habitat et de l'infrastructure par des programmes de mobilité et d'agglomérations. Mieux vaut prévenir que guérir. C'est sur cette base que nous devons réfléchir s'il serait bon à l'avenir de placer les zones d'habitat cantonales dans un plan d'aménagement contraignant, arrêté par le Grand Conseil.

Vous le voyez. Les décisions sur le trafic et l'habitat ne relèvent pas, ces prochaines années, que de notre pré-occupation, mais aussi de la vôtre. Car notre combat politique devra sans relâche à l'avenir se diriger sur la question de savoir dans quel domaine l'autonomie de la commune devra se plier à une coordination pour le bien de tous. Le débat est nourri et controversé. C'est une bonne chose, car les conflits engendrant aussi du positif, nous en sortons grandis, car rester confiné dans sa tour d'ivoire ne mène à rien. Autrement dit, la lumière ne peut jaillir que des interstices.

Mesdames, Messieurs, nous sommes peut-être rarement du même avis. Mais nous savons tous que nous ne saurions affronter les défis que dans l'unisson. Ça l'est également dans l'intérêt des prochaines générations, nos enfants et petits-enfants. Car les solutions uniformes ne peuvent mener que dans des impasses, jamais vers le succès. Nous avons besoin d'une **vision globale**. Ce n'est qu'à ce prix que nous pouvons recourir aux moyens dont nous disposons dans un esprit d'économie et d'efficacité.

Sur cette toile de fond, il vaut la peine de se souvenir de ce que la Constitution cantonale donne comme devoirs aux communes et aux corporations bourgeoises. Notamment «Les communes bourgeoises s'engagent dans la mesure de leurs moyens au bien-être de la communauté», et «Elles prennent à cœur les tâches qui leur sont dévolues.»

La nouvelle Constitution cantonale ne contient pas, dès lors, seulement une déclaration de **garantie** pour les communes bourgeoises, mais elle rappelle aussi ses **devoirs**.

Pendant les délibérations sur la nouvelle constitution cantonale de l'année 1992, un député au Grand Conseil a relevé ceci: «Jalousie et envie sont mauvaises conseillères». Il pensait ainsi que les modes de faire des communes bourgeoises devaient être toujours placés sous le feu de la critique. Cette défiance peut être contrée par les communes bourgeoises de la meilleure manière possible par des actes et des prestations pour le bien public. Et si l'on parle ici de prestations, ce ne sont pas seulement des prestations financières dont il est question, aussi précieuses soient-elles. Les prestations bourgeoises peuvent aussi fort bien s'exprimer selon la tradition de milice pour le bien de tous.

Un membre du Conseil de Thounne a été fort applaudi, au cours du même débat aux chambres cantonales, lorsqu'il résuma sa pensée: «L'orateur qui m'a précédé a parlé de privilèges. Dois-je évoquer ici quels sont les privilèges de la plupart des bourgeois: travailler gratuitement!»

Je vous remercie de continuer à vous engager pour le bien de tous et de participer au débat politique avec des propositions de solutions constructives! Car j'en suis convaincue : prendre le bon chemin signifie le prendre ensemble!

Verband Bernischer Finanzverwalter (VBF); Untergruppe Bürgergemeinden www.begem.ch/vbf

Die Finanzverwalter/Finanzverwalterinnen der Bürgergemeinden und Korporationen bilden eine Interessengemeinschaft innerhalb des VBF. Periodische Informationen und/oder Kursausschreibungen werden jeweils im Internet veröffentlicht (www.begem.ch; vbf/abf; Aktuelles; Bürgergemeinden).

Es besteht jederzeit die Möglichkeit einer Mitgliedschaft; für Beratungen und Informationen wenden Sie sich bitte an

Herrn
René Lehmann
Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach
Telefon G: 031 322 73 80, P: 034 445 33 77
e-mail: info@bglyssach.ch

Herr R. Lehmann nimmt auch Ihre Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassiererinnen entgegen.



Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassiererinnen

Bürgergemeinde

Bürgerliche Korporation

Adresse

PLZ, Ort

Name/Vorname

Bürgergemeindegassier /-kassiererIn

Tel. P. Tel. G. e-mail

Senden an: Herrn René Lehmann, Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach

Association bernoise des administrateurs des finances (ABF); www.begem.ch/abf

Vous avez reçu en juin 2003 les informations détaillées sur la création d'un sous groupe de l'ABF (en qualité de membres pour les caissiers et caissières de bourgeoisies) **Les administrateurs / trices des finances des communes bourgeoises représentent une communauté d'intérêt au sein de l'ABF**. La possibilité d'être membre existe en tout temps. Pour des conseils et des informations complémentaires, veuillez vous adresser à

Monsieur
René Lehmann
Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach
Telephone prof.: 031 322 73 80, privé: 034 445 33 77
e-mail: info@bglyssach.ch

Monsieur R. Lehmann prend également en considération vos demandes d'admissions de caissiers et caissières de bourgeoisies en qualité de membres.



Inscription en qualité de membre de caissier / caissière de bourgeoisie

Commune bourgeoise

Corporation bourgeoise

Adresse

.....

Nom/prénom

Caissier/Caissière de bourgeoisie

Tél. e-mail

Envoyer à Monsieur René Lehmann, Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach